

Kreis Karlsruhe. Wenn 2009 ein „Super-Wahljahr“ war, dann ist 2010 das krasse Gegenteil. Nach Europa-, Kommunal- und Bundestagswahl gibt es in diesem Jahr nichts dergleichen. Fast nichts. Denn in immerhin drei Gemeinden des Landkreises muss der Bürgermeister gewählt werden – vielleicht gibt es auch eine Bürgermeisterin. Die wäre dann die erste im Kreisgebiet – Oberbürgermeisterinnen hingegen gibt es schon zwei.



Klaus-Dieter Scholz 1985 und heute.

Schon recht bald ist der Wahltermin in Weingarten. Am 14. März geht es um die Nachfolge von Klaus-Dieter Scholz (CDU), der seit 1986 als Bürgermeister an der Spitze der Weinbaugemeinde steht. Wenn Scholz,

Drei Chefposten neu zu vergeben

In Weingarten, Ubstadt-Weiher und Sulzfeld hören langjährige Bürgermeister auf

der seinerzeit vom baden-württembergischen Staatsministerium kam, im April ausscheidet, hat er drei achtjährige Amtsperioden absolviert, wurde demnach eigentlich drei Mal gewählt – aber es waren vier Mal.

1985 hatte sich der Diplom-Verwaltungswirt Scholz – damals 35 Jahre alt – im zweiten Wahlgang mit 33,8 Prozent gegen mehrere Mitbewerber durchgesetzt. Der damalige Bürgermeister Norbert Bensching hatte seinerzeit auch kandidiert. Allerdings hatte hernach der Verwaltungsgerichtshof die Wahl wegen „unzulässiger amtlicher Wahlbeeinflussung durch das Landratsamt“ für ungültig erklärt, so dass Scholz zunächst nur als Amtsverweser arbeiten konnte. 1986 wurde er dann bei der erneuten Wahl mit deutlichen 69,7 Prozent Sieger und schließlich Bürgermeister.

1994 musste sich Scholz bei der ersten Wiederwahl tüchtig anstrengen, um mit 52 Prozent Bensching (45 Prozent) auf Rang zwei zu verweisen. 2002 schließlich hatte es Scholz mit Matthias Görner von der Weingartener Bürgerbewegung zu tun. Die Sache war äußerst knapp, Scholz siegte mit 70 Stimmen Vorsprung. Als einziger Nachfolgekandidat

hat sich bislang der 44-jährige Harald Reinhard gemeldet. Er ist derzeit Kulturdezernent im sächsischen Kamenz.



Eberhard Roth 1970 und 2008.

Sulzfeld im Kraichgau ist eine besondere Gemeinde. Zum einen hat sie die Gebietsreform in den frühen siebziger Jahren schadlos überlebt – mit knapp 5 000 Einwohnern ist das selbstständig gebliebene Sulzfeld eine der

kleinsten Gemeinden des Landkreises. Zum anderen hat sie nach Angaben des baden-württembergischen Gemeindetages einen der dienstältesten Bürgermeister im Land in ihren Mauern: Seit 1970 führt Eberhard Roth von den Freien Wählern die Geschäfte im Sulzfelder Rathaus. Der 65-Jährige darf sich altersbedingt nicht mehr bewerben. Sein Kreistagsmandat wird er wie Scholz weiterhin wahrnehmen.

Als 26-Jähriger kandidierte Roth das erste Mal für den Job an der Spitze der Sulzfelder Verwaltung. Er war damals als Verwaltungsinspektor in Walheim tätig. Im zweiten Wahlgang setzte er sich gegen neun Konkurrenten durch. Bei den Wiederwahlen 1978, 1986, 1994 und 2002 war er ohne ernsthaften Gegenkandidaten. Lediglich 1994 tauchte auf dem Sulzfelder Wahlzettel mit dem Dauerbewerber Werner Tereba ein zweiter Name auf.

Am 2. Mai wird in Sulzfeld der Nachfolger von Eberhard Roth gewählt, notfalls in einem zweiten Wahlgang 14 Tage später. Als erster Nachfolgekandidat hat sich mit Helmut Schneider der stellvertretende Vorsitzende der örtlichen CDU ins Gespräch gebracht. Um die Nachfolge von Helmut Kritzer (CDU) geht

es in Ubstadt-Weiher ebenfalls am 2. Mai. 1986 war der seinerzeitige Hauptamtsleiter der Gemeinde im ersten Wahlgang „mit 63 Prozent an die Spitze gestürzt“, wie es seinerzeit hieß. Kritzer hatte zwei Mitbewerber. Einfacher war es dann im Jahr 1994. Bei seiner ersten Wiederwahl hatte es Kritzer lediglich mit dem damaligen Dauerbewerber Werner Tereba zu tun – und kam denn auch auf 95 Prozent der Stimmen. Ganz allein war der Bürger-



Helmut Kritzer 1986 und heute.

meister 2002, als nur „Kritzer“ auf dem Wahlzettel stand. Positiv neben dem eindeutigen Ergebnis war die Wahlbeteiligung – 56 Prozent der Ubstadt-Weiherer wählten, obwohl die Sache ohnehin klar war. Matthias Kuld

Landtagswahl ohne die Freien Wähler

Bruchsal (kdm). Es bleibt dabei: Die Freien Wähler im Kreis Karlsruhe lehnen eine Beteiligung der Wählervereinigung an der kommenden Landtagswahl ab. Einstimmig wurde ein entsprechender Beschluss bei der Kreisversammlung in Bruchsal-Büchenau gefasst. Hintergrund für die neuerliche Diskussion in der Wählervereinigung um die Teilnahme an überregionalen Wahlen ist der Antrag eines Freien Wählers, der bei der Jahreshauptversammlung der baden-württembergischen Freien Wähler am 17. April behandelt werden soll. In dem Antrag wird die Beteiligung der Freien Wähler an der Landtagswahl gefordert.

„Das Präsidium will sich nun im Vorfeld der Jahreshauptversammlung ein Stimmungsbild zu diesem Thema in den Kreis- und Ortsverbänden machen“, berichtete der Vorsitzende des Kreisverbandes Karlsruhe-Land, Jürgen

„Verlust der Unabhängigkeit“

Herrmann. Kaum eindeutiger hätte das „Stimmungsbild“ gegen eine Landtagswahlbeteiligung in der Region ausfallen können: Als Partei würde die Wählervereinigung nur unnötigerweise Zwängen unterliegen, wären ihre Mitglieder bei Entscheidungsfindungen eingeeengt.

„Zudem würden wir mit so einem Schritt unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen und unsere Unabhängigkeit verlieren“, befand nicht nur der Kreisvorsitzende Herrmann. Kommunalpolitik, und das zeichnet sich im ganzen Land überdeutlich ab, wird weiterhin das Betätigungsfeld der Freien Wähler bleiben.

Nebenbei: Seit der Gründung (1956) der Freien Wähler in Baden-Württemberg gibt es immer wieder verhaltene Bestrebungen einzelner Freier Wähler, die Wählervereinigung wenigstens in die Landespolitik zu führen. Einen vergleichbaren Antrag musste der Landesverband vor etwa zehn Jahren auf einer Hauptversammlung beraten. Der wirklich einzige Grund, dass die Freien Wähler möglicherweise doch an Landtagswahlen teilzunehmen würden, wäre für Herrmann die Abschaffung der „Persönlichkeitswahl“ in Baden-Württemberg.

Für Diskussionsstoff bei der Kreisversammlung sorgte überdies das Thema „Doppik“, doppelte Buchführung, die Standard in den Kommunen werden soll. Ursprünglich sollte die Doppik bis 2012 in den Kammereien der Kommunen eingeführt sein. Der Termin, kündigte der Beigeordnete des Gemeindetages Baden-Württemberg und Referent des Abends, Willi Schmid, an, werde auf den 1. Januar 2016 verschoben.

Schwangere können wieder unterrichten

Karlsruhe (madl). Schwangere Lehrerinnen können wieder unterrichten. Im Zuge der „Schweinegrippe“-Verbreitung waren im November „Hinweise“ des Kultusministeriums ergangen, deren Ergebnis war, dass alle Schwangeren vom Erteilen des Unterrichts befreit waren.

Inzwischen ist die Schweinegrippe zahlenmäßig vernachlässigbar geworden, und zudem gibt es einen Impfstoff. Das führt jetzt dazu, dass im Ministerium neue Hinweise in Vorbereitung mit dem Ziel sind, die Situation wie vor dem „Schweinegrippe“-Hoch wieder herzustellen. Zu deutsch: Vom Unterricht befreite schwangere Lehrerinnen dürfen wieder in die Schule zurückkehren.

Noch ist die Regelung nicht offiziell, berichtet Konrad Weber vom Regierungspräsidium. In aktuellen Fällen aber wüssten die Schulleiter, wie sie sich zu verhalten hätten.

An manchen Schulen sind auch schon Schwangere wieder in den Klassen erschienen.



ROUTINE IST FÜR DIE MEISTEN LKW-FAHRER eine Kontrolle durch die Polizei. Auch gestern wurden zahlreiche Brummis auf den Rasthof Bruchsal-Ost heraus gewunken sowie die Daten des digitalen Kontrollgeräts per Laptop ausgelesen und überprüft. Foto: Steinmann-Plücker

Die Lenkzeitüberschreitung kostet Geld

Autobahnpolizei kontrolliert bei Bruchsal die Einhaltung der Sozialvorschriften

Bruchsal (psp). Juri ist mit seinem Lkw unterwegs, um Ladung aufzunehmen und nach Bremen zu transportieren. Auf der A 5 wird er von einem Polizeistreifenwagen zum Folgen aufgefordert. Lkw-Kontrolle auf dem Rasthof Bruchsal-Ost am Freitagvormittag. Fünf Teams des Autobahnpolizeireviere Karlsruhe nehmen Schwertransporter unter die Lupe.

„Wir kontrollieren heute schwerpunktmäßig die Einhaltung der Sozialvorschriften mit Hilfe neuer Technik“, erklärt dazu Polizeirat Andreas Dahm, Leiter der Karlsruher Autobahnpolizei. Seit 2006 müssen alle in der Europäischen Union neu zugelassenen Lkw mit mehr als 3,5 Tonnen mit einem digitalen Kontrollgerät ausgestattet sein. Es ersetzt den bisherigen analogen Fahrtenschreiber und ermöglicht die Erfassung und Überprüfung fahnerspezifischer Daten wie Lenk- und Ruhezeiten. Nach maximal viereinhalb Stunden Fahrt ist eine 45-minütige Pause einzuhalten, die tägliche Lenkzeit darf nur zweimal pro Woche 10 ansonsten neun Stunden betragen und in der Re-

gel ist eine 11-stündige Ruhezeit einzuhalten. Drei Polizeibeamte sind auf dem Rasthof Bruchsal jeweils für die Überprüfung eines Fahrzeugs zuständig. Es sind Spezialisten, die sich bei den diversen Vorschriften und vor allem den unterschiedlichen Transportarten bestens auskennen. Per Laptop werden die Daten des digitalen Kontrollgerätes ausgelesen und an Ort und Stelle ausgewertet. Verstöße können so direkt erkannt und geahndet werden.

„Mit dieser Technik können wir nicht nur schwarze und weiße Schafe benennen, sondern vor allem die grauschattierten.“, weiß Andreas Dahm. Wie wichtig das ist, belegt er mit einer Statistik: Zwar seien Lkw bei Unfällen nicht überrepräsentiert, aber die Folgen seien umso schwerwiegender. Bei jedem fünften tödlichen Unfall in Baden-Württemberg sei ein Lkw beteiligt gewesen. Die Kontrollteams schauen also ganz genau hin, nicht nur auf die Daten im Computer, sondern auch unter die Schwertransporter. Auf die Technik und die Ladung. Nicht ausreichend gesicherte Ladung gefähr-

det die Verkehrssicherheit genauso wie unsachgemäß eingebaute Bremsbeläge. Für einen solchen Sattelzug mit erheblichen Mängeln an der Bremsanlage ist in Bruchsal Endstation.

Dass es bei diesem einen bleibt, hat zwei Gründe. Zum einen sei die Technik bei den Fahrzeugen, die schnell mal eine Million Kilometer drauf haben, besser geworden, so Thomas Gietz vom Kontrollteam. Und zum anderen, ergänzt sein Kollege Klaus Lott, werden beim Kontrollschwerpunkt Sozialvorschriften nur neuere Fahrzeuge geprüft. Die Fahrer lassen die Kontrolle recht gelassen über sich ergehen, akzeptieren die Notwendigkeit. „Die Vorschriften dienen dem Schutz der Fahrer.“, sagt Andreas Dahm, der mit dem Ergebnis nicht unzufrieden ist: Obwohl Freitag ist und alle schnell ins Wochenende wollen, gibt es bei 21 kontrollierten Fahrzeugen nur sechs Beanstandungen, davon drei Lenkzeitüberschreitungen. Juri gehört dazu. Weil er eine Stunde zu viel gearbeitet hat. 60 bis 100 Euro sind dafür fällig. Das gibt ihm zu denken.

„Tierischer“ Ärger des Staatsanwalts

Berufungsverfahren gegen zwei Straßenbahnschläger zieht sich in die Länge

Karlsruhe/Rheinstetten (kdm). „Da kann man ja gleich einen Affen aus dem Zoo mieten und ihn hierher als Staatsanwalt setzen.“ Nicht dass Oberstaatsanwalt Klaus Armbrust, der den „Affen“ bemühte, demnächst tatsächlich in den Zoo geht – nein – der Mann regte sich „tierisch“ auf über eine Aussage eines Rechtsanwaltes vor dem Zeugenstand der neunten Kleinen Strafkammer am Landgericht Karlsruhe. Dort wird derzeit der Fall von zwei „Straßenbahnschlägern“ verhandelt, die in einer vollbesetzten Bahn einen stark behinderten Mann traktierten und schlugen (wir berichteten mehrfach). Gestern, beim mittlerweile dritten Verhandlungstag des Berufungsverfahrens, wurde der ehemalige Anwalt eines der mutmaßlichen Täter in den Zeugenstand gerufen.

Besagter Anwalt übernahm zunächst bei der Verhandlung vor dem Amtsgericht Karls-

ruhe im September 2007 das Mandat für den Älteren der beiden Angeklagten. Sein einstiger Klient unterstellt dem Rechtsanwalt nun, er habe ihn dazu veranlasst, falsche Angaben zum Tathergang zu machen. Davon wiederum wollte der Anwalt nichts wissen. Es sei selbst überraschend gewesen, als am ersten Verhandlungstag vor dem Amtsgericht sein Mandant eine Kehrtwendung vollzog und so gut wie alle Tatvorwürfe bestritt.

Der „Geständigkeit“ des Angeschuldigten, der damals wie heute über „partielle Erinnerungslücken“ klagt, soll vor Verhandlungsbeginn ein Anruf des Amtsrichters bei dem Rechtsanwalt vorausgegangen sein. Der Richter habe ihn angeboten – sofern sein Mandant voll geständig sei – das Urteil möglicherweise auf eine Bewährungsstrafe zu beschränken. Das jedenfalls tat der Anwalt gestern bei der Berufungsverhandlung kund.

„Tierisch“ empört reagierte der Oberstaatsanwalt auf diesen „Versuch der Mausechlei“.

Dass sich die Positionen mehr und mehr verhärteten, belegt nicht nur dieses Zwischenspiel beim Prozess um die „Straßenbahnschläger“: hier die Verteidiger im Bemühen um Bewährungsstrafen, dort die Staatsanwaltschaft, die rundweg die Bewährung ablehnt. Im September 2007 sprach das Amtsgericht die beiden Männer schuldig und verurteilte den Älteren zu zwei Jahren, den etwas Jüngeren zu zwei Jahren und zehn Monate Haft ohne Bewährung.

In einem ähnlich üblen Fall war der ältere Beschuldigte schon einmal verwickelt. Als Handlanger beteiligte er sich an einer menschenverachtenden Tat gegenüber einem Mann, der einem der Mittäter 500 Euro schuldete. Dafür verbüßte er vier Jahre Haft. Am Dienstag geht die Verhandlung weiter.

Deospray löste Brand aus

Pforzheim (dia). Das Mädchen, das bei einem Zimmerbrand am Donnerstagabend in Pforzheim schwer verletzt wurde, liegt seit gestern auf der Intensivstation einer Stuttgarter Klinik. Wie ein Polizeisprecher gestern mitteilte, sei die 13-Jährige am Morgen verlegt worden. In Pforzheim war sie zunächst in ein künstliches Koma versetzt worden, nachdem sie schwere Brandverletzungen im Gesicht und an den Händen erlitten hatte.

Nachtsamkeit nennt die Polizei als Ursache für das Unglück, das sich am Donnerstag gegen 19.30 Uhr im Schlafzimmer des Mädchens zugegetragen hat. Die 13-Jährige hielt sich dort mit zwei jeweils 14 Jahre alten Freundinnen auf. Offenbar war ein Teelicht an, und die drei Mädchen hantierten mit einem Deospray. „Je nachdem wie man das anstellt, sammelt sich allmählich immer mehr Gas in der Luft an“, versucht sich Polizeisprecher Michael Sengle den Vorgang vorzustellen. Irgendwann sei das Luft-Gas-Gemisch im Raum so verdichtet, dass ein Funke schon ausreiche, um eine Verpuffung herbeizuführen. Vermutlich saßen die drei auf einer Matratze. Als die Flammen dann hoch schlugen, versuchten sie das Feuer zu löschen. Während die 13-Jährige schwer verletzt wurde, kamen ihre beiden Freundinnen mit leichten Verbrennungen davon. Auch sie wurden am Donnerstagabend ins Krankenhaus gebracht, gestern Morgen aber wieder entlassen.

Schneetelefon

Aktuelle Wintersporttipps: Skilift Kaltenbrunn, Telefon (0 72 24) 29 21; Loipenzustandsbericht für das Höhengebiet Kaltenbrunn, Telefon (0 72 24) 10 30; Langlaufcenter Herrenwies, Telefon (0 72 26) 9 19 60; Mehliskopf, Telefon (0 72 26) 4 41; Hundseck, Telefon (0 72 26) 2 85; Unterstamm und Ochsenstall, Telefon (0 72 26) 2 96; Ruhstein, Telefon (0 74 49) 7 99 und Zufucht, Telefon (0 74 42) 12 11 89; Eisbahn Wiedenfeld, Telefon (0 72 26) 2 82; Döbel (0 70 83) 83 63. (alle Angaben ohne Gewähr).

Konjunkturbesserung im Nordschwarzwald

Pforzheim (BNN). Die regionale Wirtschaft geht gestärkt ins Jahr. Zu diesem Schluss kommt die Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald mit Sitz in Pforzheim. Sie legte gestern die Auswertung einer Umfrage bei 370 Unternehmen unter dem Titel „Vorboten des Aufschwungs sind sichtbar“ vor. Danach sprechen 16 Prozent der Teilnehmer von einer guten, 54 Prozent von einer befriedigenden Geschäftslage, 30 Prozent geben schlechtl laufende Geschäfte an. Im Herbst sprachen noch zwölf Prozent von einer guten Geschäftslage, 49 Prozent sahen sie befriedigend und 39 Prozent schlecht. Anzeichen dafür, dass sich die Firmen aus der Krise herausarbeiten, sind laut IHK eine verbesserte Ertrags- und Auftragsituation. Knapp die Hälfte sehe die Erträge als befriedigend an, zwölf Prozent als gut. Mit 70 Prozent sind die Kapazitäten höher ausgelastet als im Herbst.

Infos „Rund um den Babybrei“

Kreis Karlsruhe (BNN). Für die gesunde Entwicklung des Kindes spielt die richtige Ernährung eine wichtige Rolle. Dazu bietet das Ernährungszentrum beim Landwirtschaftsamt in Bruchsal, Am Viehmarkt, am Donnerstag, 4. Februar, 9 bis 12 Uhr die Veranstaltung „Rund um den Babybrei“. Info unter (0 72 51) 74 17 00.